

# Postische



# Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Entgeltungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein, Chefredaktor: Georg Borchard, Verwalter: Bredow (m. Ann. d. Handelsrech.) Carl Misch, Berlin, Unter den Eichen 15. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Veransprech-Zentrale Ullstein: Am Dönhofs (A 7) 3600-3606. Für das Fernverkehrs Amt Dönhofs 3608-3609. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postfachkonten Berlin 606.

## Endkampf im Haag

### Das Echo des „Freiheitsgesetzes“

Seite vormittag waren Zarbin und Briand bei Curtius und Wittich, um mit ihnen gemeinsam die gestern überreichte Ausarbeitung über die Contentionfrage zu beraten. Die französischen Minister blieben über eine Stunde. Als Ergebnis dieser Unterredung kann festgestellt werden, daß die Contentionfrage langsam ihrer Lösung entgegengeht. Wie bereits berichtet, besitzen sich die französischen Vorkläger mit zwei Möglichkeiten:

Mit der jüngsten Durchsicht des Young-Plans und mit einer absehbaren Poängung, mit einem „Zerreißen“ dieses Plans durch eine deutsche Regierung.

Ueber die erste Frage darf eine völlige Einigkeit bereits festgestellt werden. Mit der Annahme des Young-Plans fallen nämlich alle im Verfalligen Bereich vorsehenden Rückstellungen, Steuern, Zinsen und Contentionen fort. Für die Regelung der Rückstellungen Deutschlands zu den Gläubigern werden sich die im Young-Plan vorsehenden Möglichkeiten und Chancen, und diese natürlich nur insoweit und so lange der Young-Plan als Ganzes Geltung hat. Diese Regelung wird, soweit wir unterrichtet sind, auch in dem Jänner-Schlüsselpunkt übereinstimmend festgestellt werden.

Daß es zu einer Entscheidung der — gänzlich irrelevanten — zweiten Möglichkeit, der „Zerreißen“ des Young-Plans, kommen wird, ist eine Folge der Ereignisse des Jännerberichts.

Für den Fall, daß eine künftige Regierung die Jänner-Berichte für nichtig erklärt, sie abtätigt nicht ausführt oder sie benutzt, so ist die Lösung der Contentionen nicht sofort automatisch der Mittel 400 des Berliner Fribrennensatzes wieder Geltung bekommen. Anders erst nach der Verhängung eines Zwangsplans.

Zunächst würden sich die im Young-Plan vorgesehene Schlichtergerichte, besonders der Sonderausschuß bei der Internationalen Bank, mit einer Klage der Gläubiger gegen Deutschland auf bewußte Verletzung zu befehlen haben. Schließen sich diese Klagen der Klagen der Gläubiger an, kann diese der deutschen Regierung noch den französischen Vorkläger immer noch das Recht an der Internationalen Bank Gesellschaft zu erwerben, daß dieser Recht ist hinreichend. Schließlich hat der Haag der Klagen der Gläubiger an, so ist nicht — noch den französischen Vorkläger — die Möglichkeit des Rückgriffs auf Artikel 400.

Die deutsche Delegation ist dagegen bestrebt, auch diese entsetzte und konträre Rückgriffsmöglichkeit auf den Artikel 400 auszuweichen. Zu einer völligen Ueberstimmung dieser Ansichten scheint man nicht zu kommen, doch ist die Frage zu abstrakt, um hier im Haag keine Diskussionen daran zu knüpfen.

Man will sich darauf einigen, daß über diese strittigen Punkte bei nächster der Jänner Konferenz ein offizielles Notenaustausch zwischen der französischen und deutschen Delegation stattfinden. Es handelt sich praktisch darum, das Text dieser Noten zu

formulieren. Die deutsche Delegation wird wahrscheinlich bereits im Laufe des heutigen Tages eine erste Ausarbeitung entwerfen und sie der französischen Delegation zur Kenntnis bringen. Um die Mittagsstunde begann die Konferenz der sechs einladenden Mächte. Die Beratungen gelten den schwedischen Finanzfragen, den Zahlungsfragen, der Ausgestaltung des Währungsplans und der noch bestehenden Verzugsbedingungen der Gläubiger.

In der Frage der Zahlungsstermine stehen sich die Standpunkte noch unvereinbar wie am ersten Tag gegenüber. Die Beratungen werden am Nachmittag fortgesetzt.

## Neuer Kurssturz in Madrid

### Spaniens Währungskrise

Madrid, 8. Januar | Ullstein-Nachrichtendienst

Das englische Pfund ist heute plötzlich um über 30 getrieben. Die Bewegung und Befürchtung über diesen neuen Kurssturz der Pfunde ist groß. Primo de Rivera gab sofort eine lange Erklärung heraus, in der er darlegte, daß die Verantwortlichkeit für den jüngsten Währungssturz die Übergangs-Gläubiger und die englische Spekulation trägt, die Spanien schädigen wolle. Am liebsten sei das Problem mehr moralisch als material zu managen. Auch würden nur die besitzenden Kreise darunter leben und nicht die Armen, denn nur Automobile, Porzellan, Champagner usw. seien teurer geworden, nicht aber das Brot.

Diese Darstellung der spanischen Lage ist reichlich sorglos. Die

mit dem Gebiet der Reparationen mit der bulgarischen Frage weiter bezogen. Nachdem gerade hier die gegenseitigen Aufstellungen einander ziemlich nahegebracht worden sind und die Gläubiger Bulgariens anheimend bereit sind, eine Amnistie von etwa 10 Millionen Goldfranken zu akzeptieren, bestehen keine vorläufigen die an der bulgarischen Reparationen interessierten Mächte über die Ausarbeitung der Einzelheiten.

Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen hat gebeten, die Beratung der ungarischen Reparationsfrage erst am Sonnabend aufzunehmen. Bis dahin dürfte sich überlegen lassen, ob die zahlreichen Privatbesprechungen zwischen Bethlen und den Gläubigern, weiterhin eine ausfindige Verhandlungsgrundlage abgeben. Im Falle die ungarische Reparationsfrage gelöst werden können, so besteht auch Aussicht, mit Österreich in einem Arrangement zu kommen. Bis zum Sonnabend wird man also auch hier flacker leben können.

Einfuhr ist keinesfalls höher als sonst. Richtig ist, daß die Spekulation des Auslandes die Peseta unten läßt und scheinbar irgendwo im Auslandes das Schreiben besteht, die Bank von Spanien zu veranlassen, zur Stärkung der Währung eine Anzahl ihrer gütigsten beträchtlichen Goldbestände abzugeben. Derartige Maßnahmen würden aber erfolglos, wenn die politische Lage weiter Vertrauen einfließen würde, und wenn Spanien eine einmütigen vernünftigen Finanzpolitik getrieben hätte.

Was Spanien jetzt braucht, ist eine vernünftige Wirtschaft. Aber weder Primo de Rivera, noch sein Finanzminister gehen genügende Maßnahmen. Spaniens Währungsfrage ist ein nicht ungelöstes und eine in geringe Bewegung der Peseta ist unwillkürlich unbedacht. Bedächtig die Folgen der allzu lange ausgesetzten Diktatur haben jetzt dem Land die schwere Währungsfrage eingebracht.

## Dynamit an der Riviera

### Antifaschistische Attentäter?

Paris, 9. Januar | Ullstein-Nachrichtendienst

Seit vor kurzer Zeit einige führende Mitglieder der antifaschistischen Bewegung in Frankreich verhaftet wurden und darunter die Verdacht einer großangelegten Verschwörung mit Attentatsplänen aufsteht, hat die französische Polizei eine fieberhafte Tätigkeit entfaltet. Im Verlauf ihrer Aktionen ist gestern in der Villa Fontamaria bei Cannes ein großes Lager von Dynamit

entdeckt und einer der Attentäter, Angelo Budbo, verhaftet worden.

Auch ein Bekannter namens Euffo, der sich in der Villa aufhielt, wurde festgenommen; er hatte wegen verschiedener antifaschistischer Demonstrationen längere Ausweisungsbefehle in der Folge, außerdem aber auch Besuchsverbote von Schülern des italienischen Konvikts in Nizza. Euffo gab ohne weiteres zu, daß er in dem Konvikts die schwärzen Listen der faschistischen Geheimdienste habe stehen wollen. Die drei Brüder Budbo, denen die Villa Fontamaria mit gehört, haben sich alles gegen den Faschismus bezeugt; der eine ist in einem italienischen Gefängnis, der zweite wurde in Cannes verhaftet, der dritte wegen eines Attentats auf Frankreich ausgewiesen.

Mit die Politiken mit Angelo Budbo und Euffo die Villa verlassen, begabte ihnen ein gewisser Melitronato, der scheinbar ein Freund ist. Auch er wurde festgenommen. Bei ihm fanden sich mehrere Sprengstoffe, die er im Auftrag des ehemaligen Geheimdienstmitgliedes von San Remo, Gotti, in der Villa bringen wollte. Gotti selbst wird politisch gelistet.

Auf jeden Fall sind die Politiken, in der Villa Fontamaria die Urheber der zahlreichen Bombenattentate an der französischen Riviera erwiesen zu haben. In der Villa wurde übrigens auch ein gewisses Diebesgut, nur allem einige Hundert Paar Schuhe, entdeckt.

### Kein Verfahren gegen Rosenthal

Das von der Staatsanwaltschaft gegen den früheren Stadtverordneten Rosenthal als Mitglied des Rechtsausschusses der Berliner Stadtbank in der Effektengeschäfte Ermittlungsverfahren ist mangels Beweisen eingestellt worden. Rosenthal nur vorgeschrieben worden, daß er mit Rücksicht auf seine Mitwirkung bei der Gewährung der Effektengeschäfte Warenbestellungen für seine Offizin von dem Effektengeschäft entgegengenommen habe. Durch die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen hat sich ein solches Zusammenhang nicht nachweisen lassen.

## Die Rotters wollen eine Million

### Als Subvention von der Stadt

Die Brüder Rotters haben an die Stadt Berlin den Antrag gestellt, ihnen die Geldliche Oper in der Blumendstraße zu übergeben. Sie stellen folgende Bedingungen: Befreiung von jedem Bodsteuern, Befreiung von der Luftfahrzeugsteuer, Gewährung einer jährlichen Subvention in der Höhe von einer Million Mark. Dafür würden sie die Stadt von der Sorge um die Oper entlasten und sie als Privatunternehmen weiterführen.

Der einzigen Sorgen nach das man es anders. Da liegen die Brüder Rotters vorzuziehen. Die Stadt Berlin hätte ihnen das Anerkannt gemacht, die Stadtliche Oper zu übernehmen. Jetzt ergibt sich, daß der Wunsch der Rotters dieses Obermann gewesen ist. Die meißelnden Intentionen im Berliner Reichstag haben auch jetzt den Willen, die Stadtliche Oper so wie bisher weiterzuführen, den Fußstuhl nur, obwohl die Erhaltung des finanziellen Risikos es gestattet, zu verringern. Erntt erkennen wird das Angebot der Rotters nicht. Man glaubt ganz, daß sie eine Million bezu

Subvention haben wollen. Der wird eine Million nicht haben wollen; bei diesen hohen Zinsen auch nicht gut brauchen können? Weniger Glauben setzen man in die Befreiung, daß das finanzielle Risiko der Stadtlichen Oper unter einem Steigern Rotters auch nur annähernd erhalten könnte.

Im Übrigen werden wieder Nachrichten verbreitet, die sich bei näherer Prüfung als unwohl herausstellen. Inwieweit ist, daß Frau Maria Müller einen Vertrag mit den Rotters abgeschlossen hat. An dem ganzen Werke nimmt nur, daß irgend ein Agent irgend etwas erzählt hat. Die gezeichnete Sängerin bleibt selbstverständlich an der Staats-Oper und an der Stadtlichen Oper. Sie hat sich in den Verhandlungen über ihren neuen Vertrag sogar bereit gefunden, ihre amerikanischen Verpflichtungen zeitlich enger zu begrenzen, um der Berliner Oper fest während der ganzen Winterperiode zur Verfügung zu stehen. Man wird diese Nachricht dankbar aufnehmen. In der Behauptung von Engagementverhandlungen zwischen Rotters und Generalmusikdirektor Teller: ist ebenfalls kein wahres Wort.













